

Sitzungsbericht der Gemeinderatssitzung vom 25.11.2025

Solider Haushalt 2026 stellt wichtige Weichen für die Zukunft

Der Gemeinderat hat in seiner jüngsten Sitzung den Haushaltsentwurf für 2026 beraten. Grundlage dafür ist die aktuelle Steuerschätzung, die trotz vorsichtiger Prognosen insgesamt steigende Einnahmen für die Gemeinden erwarten lässt. Zusätzlich bringt das vom Land Baden-Württemberg beschlossene Finanzpaket eine spürbare Entlastung: Für unsere Gemeinde bedeutet dies rund 154.000 Euro an zusätzlichen Mitteln, die bereits im Entwurf berücksichtigt sind. Darüber hinaus können wir aus dem Bundes-Sondervermögen 1,357 Millionen Euro für Investitionen erwarten.



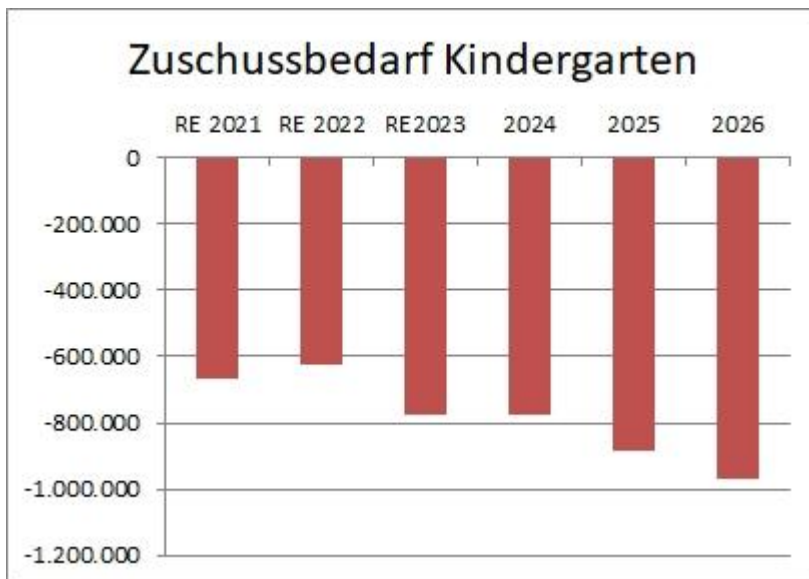
Hohe Zuschüsse fließen in das Grundschul-Projekt und in die Wasserversorgung.

Die Schlüsselzuweisungen des Landes entwickeln sich positiv, sodass sich unser Nettoergebnis gegenüber dem Vorjahr um 209.000 Euro verbessert. Der Ergebnishaushalt 2026 schließt lediglich mit einem kleinen Minus von 9.000 Euro ab und könnte sich bis Jahresende sogar ins Plus drehen. Steuererhöhungen sind nicht vorgesehen; die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer bleiben unverändert. Auch bei den Gebühren gibt es weitgehend Stabilität.



Es sind keine Steuer- oder Gebührenerhöhungen vorgesehen.

Lediglich im Kindergartenbereich bleibt das Defizit sehr hoch, weshalb im kommenden Jahr wohl über eine Anpassung der Beiträge gesprochen werden muss, sobald die neuen Empfehlungen des Landes vorliegen.



Das Defizit in den Kindergärten beträgt nun fast eine Million Euro.

Die Personalkosten steigen nur leicht, da lediglich die tarifliche Erhöhung berücksichtigt ist. Neue Stellen sind nicht eingeplant. Die Unterhaltungsausgaben bewegen sich größtenteils auf dem bisherigen Niveau; größere

Maßnahmen wie die neue Hallenbeleuchtung und das Schließsystem in der Silberdistelhalle führen jedoch zu einem moderaten Anstieg.

Für 2026 sind Investitionen in Höhe von rund 5,37 Millionen Euro geplant. Dazu gehören der Beginn der Bauarbeiten an der Grundschule, die weitere Planung des neuen Bürgerhauses mit Feuerwehr und Arztpraxis, der Ausbau im interkommunalen Gewerbegebiet, Arbeiten an den Hochbehältern sowie kleinere Projekte wie ein neues Spielgerät im Gommert und die Restfinanzierung des Pumptracks. Nahezu die Hälfte der Investitionen kann durch Zuschüsse von Bund und Land gedeckt werden, der Rest durch Überschüsse, Bauplatzverkäufe und Rücklagen.

Der Haushalt 2026 ist solide, ohne Steuer- oder Gebührenerhöhungen. Große Zukunftsprojekte wie Schule und Bürgerhaus können dank hoher Zuschüsse umgesetzt werden. Die Gemeinde bleibt finanziell gut aufgestellt.

Bürgermeister Sven Holder und das Gremium bedankten sich ausdrücklich bei Gemeindegemeinderer Daniel Merkle für die sorgfältige und vorausschauende Vorbereitung des Haushaltsentwurfs sowie für die transparente Darstellung der finanziellen Situation.

Gemeinde zieht positive Baubilanz

Der Gemeinderat hat die Schlussabrechnungen für zwei wichtige kommunale Bauprojekte zustimmend zur Kenntnis genommen.

Beim **Bauhof** belaufen sich die Gesamtinvestitionen auf **1,65 Mio. Euro**. Durch eine Förderung aus dem Landessanierungsprogramm vermindert sich der Gemeindeanteil auf rund **1,53 Mio. Euro**. Die Kostensteigerungen ergeben sich vor allem aus zusätzlichen Arbeiten, die erst im Bauverlauf erforderlich wurden – darunter die Sanierung eines Fundamentes, der Austausch veralteter Technik wie des Koaleszenzabscheiders, eine Vergrößerung der Wasch- und Tankfläche sowie verschiedene Maßnahmen an Außenanlagen und der Erschließung. Auch das Bestandsgebäude wurde umfassend überarbeitet und in der Kalthalle eine zweite Lagerebene geschaffen.

Die **Sanierung des Rathauses** schließt erfreulicherweise mit deutlich geringeren Kosten ab als geplant. Während ursprünglich mit 561.456 Euro gerechnet worden war, gab es nun

Gesamtkosten von **427.943 Euro**. Dank einer Landesförderung reduziert sich der Gemeindeanteil auf **273.884 Euro**. Erneuert wurden unter anderem Fenster, Sonnenschutz, Fassade und Dach. Zudem wurden Elektroinstallationen verbessert, ein Serverumzug vorgenommen sowie Küche und Blitzschutz modernisiert.



Die Baukosten für die Rathaussanierung waren deutlich niedriger als geplant.

Beide Maßnahmen tragen dazu bei, die kommunale Infrastruktur dauerhaft zu stärken und die Gebäude für die kommenden Jahre fit zu machen.

Silberdistelhalle erhält modernes, elektronisches Zugangssystem

Auf der Tagesordnung stand unter anderem die konkrete Umsetzung des elektronischen Schließsystems für die Silberdistelhalle.

Bereits in einer vorangegangenen Sitzung wurde hierzu ein Grundsatzbeschluss gefasst, wobei die Online-Variante gegenüber einer Offline-Lösung bevorzugt wurde. Ausschlaggebend hierfür sind insbesondere der geringere organisatorische Aufwand im laufenden Betrieb sowie die höhere Flexibilität und Zukunftssicherheit des Systems.

Im Zuge der weiteren Beratung wurden Angebote der Firmen Abus und Winkhaus eingeholt und hinsichtlich technischer Ausstattung, Kosten und Wartung verglichen.

Nach Auswertung aller relevanten Kriterien hat der Gemeinderat beschlossen, die Firma Abus mit der Lieferung und Installation des elektronischen Online-Schließsystems zu beauftragen. Die Gesamtkosten für das Pilotprojekt in der Silberdistelhalle belaufen sich auf rund 9.100 Euro brutto zuzüglich eines geschätzten Mehraufwands von etwa 1.000 Euro für notwendige bauliche Anpassungen sowie gegebenenfalls weiterer Kosten für die technische Infrastruktur.

Eine spätere Ausweitung auf weitere gemeindliche Gebäude ist vorgesehen, insbesondere auf den Neubau des Bürgerhauses sowie die Erweiterung und Sanierung der Grundschule.

Ehrenordnung wird angepasst

Mit einer Änderung der Ehrenordnung stärkt der Gemeinderat die Würdigung verdienstvoller Bürgerinnen und Bürger.

Künftig erhalten ehemalige Gemeinderatsmitglieder nach mindestens **20 Jahren Amtszeit** sowie ehemalige Feuerwehrkommandanten nach mindestens **10 Jahren Dienstzeit** einen offiziellen Nachruf am Grab. Außerdem wird Trägerinnen und Trägern der Bürgermedaille grundsätzlich ein offizieller Nachruf zuteil.

Mit der Anpassung wird langjähriges ehrenamtliches und kommunalpolitisches Engagement stärker anerkannt und eine bisher bestehende Lücke in der Ehrenordnung geschlossen.

Grünes Licht für Bauvorhaben

Der Gemeinderat Egenhausen erteilte einstimmig das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB für den Neubau eines 2-Familienhauses mit Doppelgarage (Flst. Nr. 204/15, Chaussee 4) sowie für die Sanierung und Erweiterung der Grundschule (Flst. Nr. 2052/1, Schulweg 2).

Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung und Sonstiges

Bömbach-Projekt zurückgestellt

Die Gemeindevertretung hat sich in ihrer Klausurtagung erneut mit der geplanten Gestaltung eines Natur- und Erlebnisbereichs am Bömbach befasst. Bereits vor zwei Jahren hatte eine Arbeitsgruppe ein Konzept entwickelt, das einen naturnahen Aufenthaltsbereich, Spielgeräte im ortsnahen Raum sowie einen Treffpunkt für alle

Generationen vorsah. Insbesondere aus Kostengründen wurde nun beschlossen, das Projekt auf nicht absehbare Zeit zurückzustellen und sich zunächst auf die Erfüllung der anstehenden Pflichtaufgaben der Gemeinde zu konzentrieren.

Weihnachtszauber bringt Hilfe und Hoffnung

Weiter wurde von Bürgermeister Sven Holder auf die Weihnachtsaktion „Weihnachtszauber“ hingewiesen, die seit fünf Jahren in der Gemeinde durchgeführt wird und von Lisa Großmann und Sophia Wolf gemeinsam mit der Kirchengemeinde organisiert wird. Familien, ältere Menschen in finanzieller Not und Personen mit schweren Verlusten werden unterstützt – durch Sachspenden, Gutscheine oder kleine Aufmerksamkeiten. Betroffene sowie Helfende können sich direkt bei den Organisatorinnen melden. Bürgermeister Holder hob bei der Vorstellung der Aktion das große Engagement der Organisatorinnen hervor. Es sei eine tolle Aktion, die jedes Jahr vielen Menschen helfe und zeige, wie stark und herzlich der Zusammenhalt in der Gemeinde sei. Es sei schön, solche engagierten Menschen in der Gemeinde zu haben.

Verkehr bleibt Dauerthema

Schließlich wurde über aktuelle Verkehrsthemen informiert, die in den vergangenen Tagen an Bürgermeister Sven Holder herangetragen wurden. Herr Holder betonte, wie wichtig es ihm sei, das Thema Verkehr öffentlich nochmals aufzugreifen. Er nehme wahr, dass bei einigen Bürgerinnen und Bürgern der Eindruck entstanden sei, Gemeinde und Verwaltung würden sich in diesen Angelegenheiten nicht ausreichend einsetzen, was er richtigstellen wolle. Die Gemeinde bringe die Anliegen der Einwohner regelmäßig bei der zuständigen Verkehrsbehörde vor und setze sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für Verbesserungen ein. Das werden wir gerne auch weiterhin tun zur Verbesserung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer. Zugleich äußerte er den Wunsch, dass die Ansprechpartner beim Landratsamt an einzelnen Stellen den bestehenden Ermessensspielraum künftig stärker im Sinne der örtlichen Situation nutze.

Kein LKW-Verbot auf der Ortsdurchfahrt

Die Ortsdurchfahrt ist eine Landesstraße und dient dem übergeordneten Verkehr, weshalb ein LKW-Verbot rechtlich nicht möglich ist, auch bei beengten Straßenverhältnissen. Nach Aussage des Landratsamtes ist das teilweise Befahren von Gehwegen unter anderem auf die Bauweise mit Niederbordsteinen zurückzuführen, die eine klare Abgrenzung zur Fahrbahn erschwert.

Neue Anträge für Zebrastreifen

Weiter wurde mitgeteilt, dass für zwei Fußgängerüberwege Anträge gestellt wurden, und zwar im Bereich des Wohnparks sowie am Knotenpunkt Hauptstraße, Kirchgasse und Wintergasse. Anfang Dezember findet hierzu eine gemeinsame Ortsbegehung mit der Straßenverkehrsbehörde statt. Außerdem wird im Zusammenhang mit der Einrichtung des Interimsstandorts unserer Grundschule für die Spielberger Straße eine Überprüfung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit vorgenommen.

Tempo-Reduzierung an der L 352 abgelehnt

Die erneut beantragte Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf der L 352 im Bereich der Heizzentrale und der Sportplatzkurve wurde vom Landratsamt nach Prüfung abgelehnt. Begründet wurde dies mit der bereits bestehenden zeitlichen Geschwindigkeitsreduzierung aufgrund des Waldkindergartens, den ausreichenden Sichtweiten an der neuen Heizzentrale, dem Fehlen relevanter Unfälle seit 2020 sowie den gesetzlichen Vorgaben, wonach Geschwindigkeitsbeschränkungen nur bei konkreten Gefahrenlagen zulässig sind.

Verkehrsrecht liegt beim Landratsamt

Abschließend wurde darauf hingewiesen, dass die Gemeinde keine eigene Zuständigkeit für verkehrsrechtliche Anordnungen hat. Sämtliche Anträge werden an das Landratsamt Calw als zuständige Behörde weitergeleitet. Die Anliegen der Bürgerschaft werden zusätzlich in einem weiteren Schreiben zusammengefasst und nochmals vorgetragen.